

Gemeinderat Klubobmann Mag. Armin Sippel
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 18.11.2015

Betreff: Ausschreitungen im Rahmen von Demonstrationen – Erklärung und
Bekennnisbeschluss des Grazer Gemeinderates
Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In den letzten Jahren häuften sich in unserer Stadt verschiedenste Demonstrationen aus unterschiedlichster politischer Motivation. Das Demonstrationsrecht gewährleistet im Rahmen gesetzlicher Definitionen, dass derartige Kundgebungen ungestört stattfinden können. Nun scheint es gerade zum Sport zahlreicher Gruppierungen geworden zu sein, das jeweilige Demonstrationsrecht des politischen Gegners durch gezielte Gegendemonstrationen zu beschneiden. Darüber hinaus wird das Mittel einer öffentlichen Kundgebung auch gerne dazu verwendet, ungeschätzte Gruppierungen in deren Versammlungsfreiheit zu behindern. Nicht selten kommt es hierbei leider auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Die in diesem Bereich sehr engagierte Exekutive wird hier vor allem von Personen, die regelmäßig an politischen Kundgebungen teilnehmen, vor ständig neue Aufgaben gestellt. Die zu erkennenden Mechanismen gleichen einander in trauriger Regelmäßigkeit. Stets sind es wenige Demonstranten, die mit großer Gewaltbereitschaft und Brutalität zu Werke gehen, um den im Rahmen solcher Demonstrationen kritisierten politischen Gegner auch körperlich zu attackieren.

Diese sogenannten Berufsdemonstranten werden zumeist durch direkte oder indirekte Einladungen auf solche Kundgebungen aufmerksam gemacht. Die Folgen sind spätestens seit der letzten Gegendemonstration zum Grazer Akademikerball nicht mehr zu übersehen. Neben den bereits erwähnten Körperverletzungsdelikten waren auch zahlreiche Sachbeschädigungen in der Grazer Innenstadt festzustellen. Der dadurch entstandene Schaden für die Grazer Wirtschaftstreibenden wurde aber in der folgenden Diskussion großzügig übersehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich auch Vertreter der Grazer Gemeinderatsparteien mit den Veranstaltern diverser Demonstrationen und deren Zielsetzungen zumindest solidarisch erklärten und selbst an den entsprechenden Kundgebungen teilnahmen. Ebenso wenig ist die Tatsache von der Hand zu weisen, dass solche Demonstrationen wiederkehrend von Jugend- und Vorfeldorganisationen der im Gemeinderat vertretenen Parteien organisiert wurden. Als sich dann aber Vorfälle von durchaus strafrechtlicher Dimension häuften, folgten halbherzige Erklärungen und Distanzierungen.

Im kommenden Jänner wird – das können auch ambitionierte Gegendemonstrationen nicht verhindern – wieder der Akademikerball in Graz stattfinden. Im Interesse der innerstädtischen Wirtschaft, der körperlichen Integrität der Ballbesucher sowie der Sicherheit der Bevölkerung gilt es, bereits jetzt vorausblickend tätig zu werden. Weder sollen öffentliche Kundgebungen beschnitten, noch soll Politikern die Teilnahme an solchen verboten werden. Wohl aber sollen Demonstrationen, deren Eskalation aufgrund der teilnehmenden Personengruppen vorhersehbar ist, zumindest zur Disposition gestellt werden.

Da es in diesem Antrag nicht darum gehen kann, entsprechende verbindliche Normen zu schaffen - mangelt es doch an der diesbezüglichen Kompetenz – wird darauf abgezielt, eine entsprechende gemeinsame Erklärung des Grazer Gemeinderates als einheitliches Bekenntnis zu verfassen und ein entschlossenes Handeln des Grazer Bürgermeisters zu erbitten.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Gemeinderat der Stadt Graz nimmt die verstärkt auftretenden Gewaltexzesse bei öffentlichen Kundgebungen mit großer Besorgnis zur Kenntnis.**
- 2. Die im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien bekennen sich natürlich zum Demonstrationsrecht, erkennen aber die dringende Notwendigkeit, die in jüngerer Vergangenheit im Rahmen solcher Demonstrationen zu Tage getretenen Ausschreitungen nachhaltig zu verhindern.**
- 3. Die im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien erklären sich bereit, bei Demonstrationen, die von ihren Vorfeld- und Jugendorganisationen mitorganisiert werden, im Sinne dieser Erklärung deeskalierend einzugreifen.**
- 4. Der Bürgermeister der Stadt Graz, Herr Mag. Siegfried Nagl, wird gebeten, im Rahmen seiner Möglichkeiten und innerhalb der Grenzen seiner politischen Zuständigkeit Maßnahmen zu prüfen. Diese sollen darauf abzielen, die zuständigen Behörden im Interesse der städtischen Wirtschaft sowie im Interesse der Grazer Bürger auf die gegenständliche Problemstellung gesondert aufmerksam zu machen.**